



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein



Eine PM zur geplanten Kinderarmutskonferenz

Kinder haben Armut nicht gewählt

Ein starkes Bündnis aus AWO, Kinderschutzbund, DGB Nord, PARITÄTISCHER und SoVD richtet vor der Kinderarmutskonferenz des Sozialministerium Schleswig-Holstein am 14. März 2024 einen deutlichen Appell an die Landesregierung: „Wir fordern noch in dieser Legislaturperiode messbare Erfolge und einen Handlungsplan zum Abbau von Kinderarmut in Schleswig-Holstein.“

In Schleswig-Holstein ist jedes 5. Kind arm oder von Armut bedroht. Jedes 6. Kind lebt von Leistungen der Grundsicherung (SGB II). In Kiel, Lübeck und Neumünster ist sogar jedes 4. Kind von Armut betroffen. „Diese Zahlen stehen für schlechte Chancen auf gute Bildung, Beeinträchtigungen der körperlichen und geistigen Entwicklung und soziale Ausgrenzung“, machen Wolfgang Baasch, Präsidiumsvorsitzender der AWO Schleswig-Holstein, Irene Johns, Landesvorsitzende vom Kinderschutzbund Schleswig-Holstein, Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord, Michael Saitner, Vorstand des PARITÄTISCHEN, und Alfred Bornhalm, Vorsitzender des SoVD Schleswig-Holstein, am Mittwoch, 21. Februar 2024, in Kiel deutlich.

Einmal in der Armut gelandet, dauert es oft Generationen, bis Familien sich wieder aus dieser Falle befreien können. „In einem reichen Land wie Deutschland müssen wir alles tun, um das Abrutschen in Armut zu verhindern“, so die Sprecher*innen des Bündnisses. „Der Kampf gegen Kinderarmut muss endlich Vorrang bekommen.“ Schleswig-Holstein brauche weder neue Handlungsperspektiven noch zahlreiche, nebeneinander herlaufende Einzelinitiativen. „Stattdessen braucht das Land politische Kraft und ausgeprägten Willen, um Kinderarmut endlich nachhaltig zu bekämpfen.“

Das Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften hat konkrete Forderungen an die Politik: „Im Mittelpunkt stehen eine kostenfreie und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zur Hochschule, Prävention und bessere Gesundheitsförderung sowie eine echte Teilhabe für Kinder“, fassen Wolfgang Baasch, Irene Johns, Laura Pooth, Michael Saitner und Alfred Bornhalm zusammen. Auf Bundesebene sollte Schleswig-Holsteins Landesregierung sich für eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz, für eine wirklich wirksame Kindergrundsicherung und eine Steuerpolitik einsetzen, bei der „starke Schultern mehr tragen als schwache“.

Der abschließende Appell des Bündnisses aus AWO, Kinderschutzbund, DGB Nord, PARITÄTISCHER und SoVD: „Es darf kein Kind mehr zurückgelassen werden. Wir fordern von der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode messbare Erfolge und einen Handlungsplan – denn Kinder haben Armut nicht gewählt.“